

GRÜNE FÜR DARMSTADT

DIE ZEITUNG DER STADTVERORDNETENFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5/2012



VERKEHR
Start frei für Fahrradstraßen in Darmstadt



SOZIALES
Kinderbetreuung:
Herkulesaufgabe der Kommune

ZUKUNFT DES ENERGIEKONZERNES HSE

Wie mit breiter Unterstützung der Bürgerschaft und des Stadtparlaments beschlossen, hat Darmstadt den Rückkauf der E.ON-Aktien eingeleitet. Mit der HSE als regionalem Öko-Energie-Versorger wurden damit die Weichen gestellt, um die lokale Energiewende endlich umzusetzen. Dadurch wird die Wirtschaftsfähigkeit der Region entscheidend gestärkt und es werden Arbeitsplätze gesichert.

Seit Ende der 90er Jahre hat sich die HSE – unter maßgeblicher Beteiligung der GRÜNEN – zu einem Anbieter für regenerative Energien entwickelt. Die Trennung vom Atom-Stromkonzern E.ON bietet nun die Gelegenheit, die HSE zu einem reinen Ökostrom-Anbieter auszubauen. Die Kaufsumme von 280 Millionen ist – ähnlich einer Hypothek – durch den hohen Wert des Unternehmens abgesichert. Gleichzeitig fließt der Mehrertrag, der durch den Zukauf von 40% erwirtschaftet wird, in die Schuldentilgung, sodass keine neue finanzielle Belastung für die Stadt Darmstadt entsteht.

Welcher Vorteil ergibt sich für die BürgerInnen Darmstadts und der Region aus dem Mehrheitsanteil der Stadt Darmstadt?

- Als Mehrheitseigner am Energieversorger HSE können die Gewinne daraus den vielfältigen Infrastrukturprojekten in der Kommune zugeführt werden. Das Geld bleibt also in der Region.

- Die Stadt Darmstadt und evtl. weitere künftige kommunale Anteilseigner sind nicht – wie private Energieriesen – unter starkem Zwang optimale Gewinnausschüttungen für ihre Aktionäre zu er-

wirtschaften sondern sie besitzen eine angemessene und moderate Gewinnerwartung.

- Die Entwicklung zur Vorreiterrolle der HSE und ihrer Tochter ENTEGA hinsichtlich regenerativer Energieproduktion und -vertrieb wird gestärkt.

- Kommunen und Landkreise der umliegenden Region können Anteile an der HSE erwerben, ohne dass die Beteiligungsmehrheit der Stadt Darmstadt in Gefahr ist. Diese Einbindung sichert die Konzessionen/Netzverträge mit dem Umland Darmstadts und bringt neue Kunden für den Konzern.

- Möglich ist auch, dass durch die Gründung einer Genossenschaft, den BürgerInnen die Gelegenheit gegeben wird, sich an dem Unternehmen HSE zu beteiligen und damit auch an seiner Entwicklung.

Um diese Ziele umzusetzen, wollen wir mit den Beschäftigten der HSE engagiert und professionell zusammenarbeiten. Eine starke HSE bereitet den Weg Darmstadts auch zu einer „Green City“; Wegbereiter sind jetzt schon z. B. HEAG-Straßenbahnen und Busse, die mit Ökostrom gespeist werden. //

Ellen Schübler



Blick auf das frei gewordene „Saladin-Eck“: Eine zentrale Stelle inmitten der Kulturzone rund ums Schloss

ARCHITEKTONISCHE BOTSCHAFT FÜR DIE STADT

Neuer Gestaltungsbeirat nimmt Bauvorhaben unter die Lupe

In Darmstadt war solch ein Gremium schon seit langem von den GRÜNEN gefordert. In Rekordzeit wurde jetzt der überfällige Gestaltungsbeirat eingesetzt: Das ExpertInnen-Team berät städtische Entscheidungsträger zu wichtigen Projekten im Städtebau. Mit seiner Hilfe kann die kulturelle, soziale und ästhetische Verantwortung gegenüber der Stadt und ihren Menschen wahrgenommen werden.

Der freie Blick von außen auf Darmstadt. Dies war eine wichtige Voraussetzung für den externen Gestaltungsbeirat aus den Disziplinen Architektur, Denkmalpflege, Landschafts- und Städteplanung. Die Fachgruppe aus vier Frauen und einem Mann, die im Februar diesen Jahres ihre Arbeit aufnahm, behandelte in ihrer ersten öffentlichen Sitzung unter Teilnahme vieler Bau- und Kulturverantwortlichen als eines von zwei Projekten das Bebauungsvorhaben in der Stadtmitte am sogenannte „Saladin-Eck“. Für Bürgerinnen und Bürger bestand die Möglichkeit, Anregungen und Kritik zu äußern. Im Ergebnis wurde übereinstimmend das alte Planungsvorhaben Hotel verworfen, da weder Nutzung noch Gestalt den Erfordernissen an dieser herausragenden Stelle neben Schloss, Technischer Universität, Kongresszentrum und Cityring entsprechen. Stattdessen, so hieß es, müsse von einem Gebäude an einem solchen Platz eine „architektonische Botschaft für die Stadt“ ausgehen.

DER GESTALTUNGSBEIRAT

Wie künftig herausragende Projekte der Stadtentwicklung Darmstadts aussehen könnten, wird von den Fachleuten in Form von Gestaltungsempfehlungen an den Magistrat vermittelt. Die Mitglieder des Gestaltungs-Gremiums dürfen explizit nicht aus Darmstadt kommen und in jüngster Vergangenheit auch keine Aufträge der Stadt erhalten haben. Damit wird ausgeschlossen, dass die Beschlussfindung des Rates von finanziellen Interessen betroffen ist. Sie werden vom Magistrat vorgeschlagen und jeweils für zwei Jahre vom Stadtparlament bestätigt.

KEINE KURZFRISTIGEN PLANUNGEN

Durch seine von Anfang an konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ist der Beirat schon jetzt ein Gewinn für die Stadt: Das Gesicht unserer Stadt können wir dann positiv prägen, wenn wir Städteplanung und Architektur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen. Das bedeutet weg von kurzfristigen, schnellen Planungen hin zu einer Architektur, die das Potenzial hat, auch in Zukunft wirkungsvolles Aushängeschild für Darmstadt zu sein. //

Hildegard Förster-Heldmann

NATURSCHUTZ IN DARMSTADT

Der Wald westlich der Waldkolonie soll „Bannwald“ werden.

Die Waldfläche westlich der Waldkolonie ist für Darmstadt von besonderer Bedeutung. Sie bietet Naherholung für die anliegenden Wohngebiete und Schutz vor dem Sand und Staub der Äcker im Ried. Auch der Lärm der nahen Autobahnen wird von dem grünen Schutzwald abgehalten.

Durch den Wegfall der Abwasser-versickerung und durch Grundwasserentnahmen ist dieser Wald bereits erheblich geschwächt. Viele abgestorbene Bäume belegen die Problematik. Weitere Einflüsse, wie Luftverschmutzung und weitere Flächeneingriffe drohen den Wald endgültig in die Knie zu zwingen. Eine solche Beeinträchtigung wäre die ursprünglich geplante West-

umfahrung im Bereich der Waldkolonie. Die Pläne dazu sind jedoch planerisch veraltet und sollen nicht mehr verfolgt werden. Die GRÜNE Fraktion setzt sich daher dafür ein, den Westwald, der westlich der Waldkolonie gelegen ist, – inklusive der ursprünglichen westlichen Straßentrasse – als Bannwald, d.h.

Schutzwald auszuweisen. Desweiteren wird ein Sanierungskonzept für den betroffenen Waldbereich benötigt. Ideen hierfür sollen unter anderem bei einer Anhörung des Nachhaltigkeitsdezernats mit ExpertInnen und der Öffentlichkeit nach der Sommerpause entwickelt werden. //

Dr. Georg Mehlhart

„GUT ZU WISSEN ...!“

Bannwälder sind „Waldschutzgebiete“. Sie werden wegen ihrer Bedeutung für Luftreinigung, Wasserhaushalt und Klima in ihrer Flächensubstanz erhalten. Rodungen von Holz werden nur in Ausnahmefällen durchgeführt, sodass eine natürliche Waldentwicklung möglich ist. Sie sind zugleich ungestörte Entwicklungsräume für Tiere und Pflanzen.



Schon jetzt eine beliebte Radverkehrsachse zwischen der Innenstadt und Bessungen: Die Wilhelminenstraße

START FREI FÜR FAHRRADSTRASSEN

Im Frühjahr 2013 werden in Darmstadt auf Fahrradhaupttrouten die ersten Fahrradstraßen eingeweiht: Den Anfang machen die Abschnitte der Wilhelminenstraße und der Heinrich-Fuhr-Straße. Auf Fahrradstraßen dürfen alle Fahrzeuge nur mit mäßiger Geschwindigkeit fahren. Grundsätzlich haben Radfahrer Vorrang – sie bestimmen das Tempo

und dürfen auch nebeneinander fahren. Aber auch Autofahren und Parken bleibt weiterhin erlaubt. Solche Straßen werden damit auch für gebietsfremden Autoverkehr unattraktiver. Das bietet mehr Lebensqualität für Alle.

Die ExpertInnenrunde „Runder Tisch Radverkehr“ begleitet diese Entwicklung. Hier treffen sich regelmäßig

Stadtverwaltung und VertreterInnen von Verbänden sowie Kommunalpolitiker und -politikerinnen unter intensiver Beteiligung der Öffentlichkeit. //

Felix Weidner

Mehr Informationen auf: www.darmstadt.de/standort/stadtentwicklung-und-stadtplanung

STADTQUARTIERE DER ZUKUNFT

Sanierungsgebiet Mollerstadt

Die Vernetzung von Wohnen und Einkaufen, Grünanlagen und eine gute Verkehrsanbindung machen ein Wohngebiet attraktiv. Um die Lebensqualität in der westlichen Innenstadt zu erhöhen wird das Sanierungsgebiet „Mollerstadt“ weiter vorangebracht: So hat die Neuordnung der Verkehrsführung be-

reits zu einer sichtbaren Entspannung der Verkehrssituation beigetragen. Dies ist der Auftakt für ein modernes Stadtquartier der kurzen Wege, das von Bürgerbeteiligung mit offenen Quartiersrunden begleitet wird. Immobilien werden saniert oder neu gebaut – zukünftig unterstützt durch ein professionelles

Sanierungsmanagement für energetische Sanierungen. Weiteres Potenzial liegt in mehr Grün im Straßenraum sowie mehr Flächen für die Außengastronomie. //

Stefan Opitz

Weitere Informationen: www.darmstadt.de/standort/stadtentwicklung-und-stadtplanung

RETTUNGSSCHIRM – CHANCE FÜR DIE KOMMUNE?

Der kommunale Schutzschirm des Landes Hessen hilft hohe Zinsbelastungen zu vermeiden und ermöglicht es, schneller zu einem schuldenfreien Haushalt zu gelangen. Dabei ist das Entschuldungsprogramm keine „Einsparliste“ sondern soll die Kommunen im Sparen unterstützen – unter Berücksichtigung kommunalpolitischer Prioritäten. Bedingung für die Aufnahme Darmstadts unter den Schutzschirm ist ein ausgeglichener Haushalt bis 2018. Das ist auch das Ziel der GRÜN-Schwarzen Koalition und zwar ohne die soziale, kulturelle oder sportliche Infrastruktur zu zerschlagen.

PFLICHTAUFGABEN VON LANDESSEITE

Eine leistungsfähige städtische Infrastruktur bietet allen BürgerInnen hohe Lebensqualität. Doch dieser Auftrag wird für die Kommunen immer schwieriger, denn sie müssen vermehrt gesetzliche Pflichtaufgaben erfüllen, ohne die entsprechenden finanziellen Rahmen-

bedingungen zu erhalten. Auch Darmstadt ist aufgefordert Landesgesetze umzusetzen: So muss beispielsweise die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze erhöht oder Maßnahmen für Langzeitarbeitslose umgesetzt werden. So sehr die Stadt das auch will – hierbei ist finanzielle Unterstützung notwendig. Hinzu kommt, dass sich der Schuldenstand der

Wissenschaftsstadt Darmstadt in den letzten Jahren – in Kombination mit den finanziellen Belastungen durch das Land und den Bund – auf knapp 800 Mio. € erhöht hat. Allein die Zinslast für das geliehene Geld betrug im letzten Jahr 20,1 Mio. €.

SPARKURS FÜR EINEN AUSGEGLICHTEN HAUSHALT

Nach der Wahl 2011 haben Bündnis 90/Die GRÜNEN und die CDU umgehend die kritische Finanzlage bearbeitet und sofortige Maßnahmen für die Haushaltskonsolidierung getroffen. Als konzeptionelles Grundgerüst wurden der Produkthaushalt und die sog. „wirkungsorientierte Haushaltskonsolidie-

EBERSTADT: LEBENSMITTELMARKT IM ORTSKERN

Eberstadt ist ein lebendiger Stadtteil: An einem sonnigen Tag lädt der Ortskern zum Bummeln ein, die Geschäfte zeigen ihre Auslagen und die Cafés sind gut besucht. Die geplante Ansiedelung eines Lebensmittelmarktes auf dem ehemaligen Radio-Wilms-Gelände bietet die große Chance, die Stadtteilentwicklung weiterhin positiv zu beeinflussen:

Drohender Leerstand der Ladengeschäfte im Eberstädter Ortskern und die Abwanderung der Kundschaft auf die „grüne Wiese“ soll vermieden werden. Im Einklang mit dem Eberstädter Einzelhandelskonzept kann somit der Aufenthalt in der Ortsmitte noch lebendiger werden. //

Birgit Pörtner

DIREKT VOR DER HAUSTÜR ABHOLEN

Nahverkehrsorganisation DADINA prüft neue Straßenbahnverbindungen nach Roßdorf und Groß-Zimmern

Jedes Jahr wachsen die Fahrgastzahlen im DADINA-Gebiet um etwa 3%. Auf der Achse zwischen Ostkreis und Darmstadt sind besonders viele Fahrgäste unterwegs. Der Bedarf steigt weiter, obwohl vom Ostbahnhof in Richtung Innenstadt und Hauptbahnhof in der Spitzenzeit bereits rund 50 Busse rollen.

Schon heute sind die vielen Fahrzeuge ein Problem: Auf Anordnung des Regierungspräsidiums dürfen einige Buslinien nicht mehr über die Knotenpunkte Willy-Brandt-Platz und Luisenplatz verkehren. Es ist ein Punkt erreicht, an dem überfüllten Linienbussen nicht mit dem Einsatz von weiteren Bussen abgeholfen werden kann. Denn die Busfahrzeuge sind selbst verursachender Teil des Staus geworden.

UMSTEIGEFREI IN DIE INNENSTADT

Eine Straßenbahn jedoch, die nur vom Schloss bis zum Ostbahnhof fahren würde, ist aus Sicht der GRÜNEN nicht ideal: Wenn aufgrund eines unattraktiven Umsteigens mehr Menschen wieder das Auto nutzen, ist nichts gewonnen. Wie es besser geht, zeigen die Verkehrsanbindungen von Alsbach, Griesheim und Arheilgen. Dort werden die Menschen mit einem attraktiven Nahverkehrsangebot quasi an der Haustür abgeholt und umsteigefrei in die Innenstadt und an viele weitere Ziele gebracht.

Im Auftrag der Nahverkehrsorganisation DADINA werden derzeit verschiedene Trassenvarianten mit folgen-

der Fragestellung untersucht: Wie kann über den Ostbahnhof nach Roßdorf und ggf. bis nach Groß Zimmern eine Schienenverbindung reaktiviert werden?

STRASSENBAHN ZUR LICHTWIESE

Aufgrund GRÜNER Initiative wird dabei auch die Anbindung der Lichtwiese an das Straßenbahnnetz untersucht. Hier ist das System Bus ebenfalls an seine Leistungsfähigkeitsgrenze gestoßen (bis zu 10 Bussen pro Stunde und Richtung). Unter den Kapazitätsproblemen leiden nicht nur die Studierenden sondern speziell die vielen AnwohnerInnen im Woogsviertel. Mit einer Straßenbahnverbindung soll nun die Kapazität gesteigert und gleichzeitig die Attraktivität des umweltfreundlichen Nahverkehrs weiter erhöht werden. //

Stefan Opitz



bote. Wir sollten also die Chance ergreifen und Darmstadt mit Hilfe des Schutzschirms zu einem ausgeglichenen Haushalt führen! //

Yücel Akdeniz

FAKTEN

186,6 Mio. €

gehen in die Entschuldung durch den so genannten Schutzschirm

Zinersparnisse jährl. **2,8 Mio. €**

6 Mio. € Tilgungsentlastung

Gesamtentlastung jährl. **9 Mio. €**

KINDERBETREUUNG: HERKULESAUFGABE DER KOMMUNE

Die Bevölkerung Darmstadts wächst erfreulicherweise. Das bedeutet aber auch mehr Kinder, die in Krippen, Kindertagesstätten und nach der Schule betreut werden wollen. Außerdem haben ab August 2013 alle Eltern von Kindern zwischen ein und drei Jahren (U3-Kinder) einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, wie er auch jetzt schon für das Kindergartenalter besteht.

Wenn Betreuungsplätze Mangelware sind, bringt das viele Eltern in eine schwierige Lage. Sie können so kaum Familie und Beruf vereinbaren. Für Darmstadt wird bei den U3-Kindern mit einer Bedarfsquote von ca. 45 % gerechnet. Beim Amtsantritt der neuen GRÜN-Schwarzen Koalition waren jedoch nur für ca. 30 % der Kleinsten Betreuungsplätze vorhanden.

SOFORTPROGRAMM ZEIGT ERSTE ERFOLGE

Sozialdezernentin Barbara Akdeniz und Bürgermeister Rafael Reißer, der als Schuldezernent die Nachmittagsbetreuung der Schulkinder verantwortet, haben noch 2011 ein „Sofortprogramm Kinderbetreuung“ mit 5 Mio. Euro aufgelegt. Außerdem wurde die Kinderbetreuung von den allgemein zwingenden Sparmaßnahmen ausgenommen. Bis April 2012 konnten dadurch 276 Betreuungsplätze neu eingerichtet werden. Aktuell sind weitere 270 Krippen- und 465 Kindergartenplätze konkret in Planung.

Für die laufenden Betriebskosten der Einrichtungen werden im städtischen Haushalt zusätzliche Millionen Euro aufgewendet. Die unsichere Situation der Zuschüsse seitens der Landesregierung (siehe auch Gastkommentar Marcus Bocklet) macht es natürlich nicht einfacher. Trotz allem wird in Darmstadt der Krippenausbau nicht auf Kosten der Kindergärten bzw. der Schulkinderbetreuung gehen, die Übergänge zwischen den

Bereichen sichergestellt sein. Parallel dazu richtet das Sozialdezernat eine zentrale Anmeldebank via Internet ein.

ATTRAKTIVITÄT DURCH VIELFALT

Eine funktionierende und vielfältige Kinderbetreuung ist wichtig für die Attraktivität einer Stadt als Lebens- und Arbeitsort. Davon profitieren neben den BürgerInnen auch die Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Hochschulen im Wettbewerb um Fachkräfte. Um eine ausreichende Versorgung sicher zu stellen, gibt es in Darmstadt ein breites Feld von Trägern: Von eigenen Einrichtungen der Stadt über die Kirchen, Sozialverbände und Vereine bis hin zu Elterninitiativen und gewerblichen Anbietern. Ergänzt werden die professionellen Einrichtungen von vielen engagierten Tageseltern, ohne die eine ausreichende Versorgung nicht denkbar wäre. Gemeinsam arbeiten wir daran, dass die Herkulesaufgabe gelingt. // Florian Gernhardt

FAKTEN

276

Betreuungsplätze bis April 2012

Sofortprogramm
Kinderbetreuung **5** Mio.

270

Krippen- und **465** Kindergartenplätze in Planung



Soziale Netzwerke stärken wollen die FraktionärInnen Horst Miltenberger (links), Florian Gernhardt, Ellen Schüssler (Mitte) und Fatma Yilmaz.

INTERVIEW

ÄLTER WERDEN IN DARMSTADT

Wohnen muss Anforderungen der Stadtgesellschaft entsprechen

Auch bei zunehmender Hilfebedürftigkeit möchten ältere Menschen in der eigenen Wohnung weiter leben und nur bei Bedarf Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen. Eine Herausforderung, die die GRÜN-Schwarze Koalition im künftigen Wohnungsbau und in der Entwicklung von Quartieren stark berücksichtigen muss. Hanni Skrobliès und Willi Wagner engagieren sich in der Initiative „Wohnen mit Versorgungssicherheit in Kranichstein ohne Betreuungspauschale“. Beide arbeiten zurzeit intensiv an der Umsetzung eines zukunftsweisenden Projektes in Kranichstein – dem „Bielefelder Modell“.

Frau Skrobliès, Herr Wagner: Was ist denn das besondere an diesem Modell?
Wagner: Das Bielefelder Modell ist auf das Quartier bezogen. Das bedeutet, die Beratungsleistungen sollen an einem zentralen „Stützpunkt“ gebündelt sein, der problemlos vor Ort erreicht werden kann. Diese Beratungsstelle bietet z.B. Unterstützung gegenüber Kostenträgern wie Pflege- oder Krankenkasse. Angedacht ist auch ein Nachbarschaftscafé, das einen Treffpunkt oder evtl. Mittagstisch anbietet, wo Menschen soziale Kontakte auf kurzem Wege knüpfen können. Mit dem Stützpunkt kooperieren dann ambulante

Pflegedienste, die sich im Quartier auskennen und z.B. auch mal schnell einen Fahrdienst vermitteln können.

Skrobliès: Neu ist auch, dass hier die Wohnungswirtschaft mit im Boot sein soll, die ja auch ein reges Interesse daran hat, sichere Mieter zu haben, die sich wohl fühlen im Quartier und in ihren vier Wänden. Um altersgerecht zu wohnen, ist die bauliche und technische Ausstattung des Wohnumfeldes sowie die Gestaltung der Außenanlagen wichtig. Das bedeutet eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Wohnungswirtschaft, den Pflege- und Beratungsdiensten und der Kommune.

Das Leben im Alter ist ja nicht nur geprägt von Pflegebedarf, das wäre ja schlimm!

Wagner: Genau! Der Charme dieses Modells ist vielseitig. Es gibt ja auch jüngere Leute, die Bedarf haben nach hilfreichen Dingen wie Hausmeisterservice, Fahrdiensten oder Einkaufshilfen. Das ist uns auch ganz wichtig, dass man das nicht nur auf die Alten reduziert: Auch jüngere Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, ... also es gibt viele Menschen, die Hilfe, Beratung und Unterstützung brauchen.

Skrobliès: Dann sind die BürgerInnen selbst natürlich gefragt. So wird in Kranichstein mit dem hohen Bewohneran-

teil von Migrantenfamilien früher oder später auch die Versorgung von älteren Menschen mit ausländischen Wurzeln eine Herausforderung sein. Ein Stützpunkt im Quartier kann hier mit Leuten, die muttersprachlich helfen können, Vertrauen aufbauen.

Das macht sehr viel Mut, hier in Kranichstein gut betreut alt zu werden. Wie stehen die Chancen für ihr Projekt?

Skrobliès: Wir haben eine sehr positive Reaktion der Stadt erhalten. Die Sozialdezernentin Barbara Akdeniz hat schon zugesagt, dass sie uns im Rahmen der Altenhilfeunterstützung, das ist ganz wichtig. Dazu prüfen wir aktuell u.a. den Bedarf an Pflege und Beratung in diesem Stadtteil. Wir sprechen mit Partnern aus der Altenhilfe, der Wohnungswirtschaft, den erfahrenen Sozialverbänden und Fachkräften, um hier möglichst bedarfsgerecht zu planen.

Wagner: Die Rolle unserer Initiative ist es, das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt zu fördern und zu begleiten. Geplant ist auch die Gründung eines Vereins, denn bei aller Freiwilligkeit müssen auch rechtliche und organisatorische Voraussetzungen bedacht werden.

Das Interview führte Fatma Yilmaz

Kontakt: Willi Wagner, E-Mail: hiergeblieben.kranichstein@web.de

GASTKOMMENTAR

„Krippengipfel jetzt!“

Ab August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren. Hessen lässt seine Kommunen bei der Umsetzung allein.

Eine Studie des hessischen Sozialministeriums hat 2011 einen Bedarf von 58.000 Betreuungsplätzen für Hessen ermittelt. Aktuell stehen jedoch nur 45.000 Plätze zur Verfügung. Für die Kommunen ist die Situation heikel: Wenn sie bis August 2013 die erforderlichen Plätze nicht zur Verfügung stellen, drohen Klagen durch die Eltern. Die Landtagsfraktion der GRÜNEN fordert einen hessischen „Krippengipfel“. Alle Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Gemeinden, Trägern und Organisationen der Kinderbetreuung sowie Institutionen der Fachkräfteausbildung und -gewinnung müssen an einen Tisch gebracht werden. Wir haben einen entsprechenden Antrag im Februar in den Landtag eingebracht. Unsere Forderung an die Landesregierung lautet, noch 2012 den Kommunen ausreichende Landesmittel zur Verfügung zu stellen, um den dringend notwendigen Ausbau voranzubringen. Wenn es bei dem derzeitigen Verhalten der Landesregierung bleibt, steuern wir auf eine ausgewachsene Betreuungskrise zu. Das wollen wir verhindern!

Marcus Bocklet,
Sozialpolitischer Sprecher der
GRÜNEN Landtagsfraktion

VIELFALT LEBEN IN EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT

Modellprojekt will Inklusion im Martinsviertel fördern

Unlängst fiel im Martinsviertel der Startschuss für das wegweisende Modellprojekt „Vielfalt überall – Inklusives Martinsviertel“, mit dem Ziel, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Bereits 2010 wurde eine Projektgruppe vom damaligen Sozialdezernenten und jetzigen OB Jochen Partsch ins Leben gerufen, um Darmstadt zu einer inklusiven Stadt zu entwickeln. Bei der nun erfolgten Auftaktveranstaltung für das Projekt „Inklusives Martinsviertel“ zeigte sich, wie Inklusion praktisch gehen kann: Der Arbeiter-Samarter-Bund (ASB) organisierte einen Fahrdienst für Gehbehinderte, für Hörbehinderte wurden die Redebeiträge in Gebärdensprache übersetzt, die Diskussionsbeiträge von Menschen mit Sprachbehinderung wurden von HelferInnen verständlich wiederholt. So konnten alle Anwesenden – mit und ohne Behinderungen – gleichermaßen teilhaben.

Inklusion ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an unserem Stadtleben und an einer lebendigen Gesellschaft. Vieles wurde in den letzten Jahrzehnten getan, um Menschen mit Behinderung zu unterstützen. Weitere Schritte sind nötig: Die GRÜNE Fraktion setzt sich dafür ein, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Ein Baustein zur Umsetzung ist das Modellprojekt „Inklusives Martinsviertel“ – eine Kooperation des Sozialdezernats, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der Hochschule Darmstadt und der Software AG Stiftung. Das Martinsviertel ist ideal für ein Modellprojekt, da es Schulen, KiTas, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Wohnheim und Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Kulturschaffende, aktive Sozialverbände und Kirchengemeinden, ein Krankenhaus, Angebote für psychisch Kranke, interessierte Gewerbetreibende bzw. BewohnerInnen und vieles mehr bietet.

Die erarbeiteten Verbesserungsvorschläge der TeilnehmerInnen reichten von abgesenkten Bordsteinen für Rollstuhl- oder RollatorfahrerInnen, mehr Aufnahme von behinderten Kindern in Regelschulen, Erleichterung des Aufenthalts in Cafés und Restaurants bis zu größeren Preisschildern in Geschäften. Die Gespräche mit den Aktiven und Interessierten im Viertel werden fortgesetzt. Im offenen Diskurs sollen Probleme benannt und Lösungsstrategien entwickelt werden. Wir laden zusammen mit Stadträtin Barbara Akdeniz, Projektleiterin Ulrike Schaab und den anderen Projektbeteiligten dazu ein, mitzuwirken an der Entwicklung des „Inklusiven Martinsviertel“. // Ellen Schüssler

LEUTE

Was tun die Köpfe in der GRÜNEN-Fraktion?

Als eine von vier GRÜNEN Stadtverordneten bin ich seit April 2011 Mitglied im Kultur-Ausschuss. Dieser beschäftigt sich mit kulturpolitischen Fragen, Projekten und Vorhaben und der Vergabe von Fördermitteln z.B. an städtische Kultureinrichtungen oder an die Freie Szene e.V. Um tiefere Einblicke in deren Arbeit zu bekommen, trifft sich der Ausschuss an wechselnden Orten, wie z. B. der Kunsthalle Darmstadt oder dem Literaturhaus. Ein Fokus liegt z. Zt. auf den Planungen rund um die Mathildenhöhe. Die energetische Umrüstung von Hochzeitsturm und Ausstellungsgebäude steht an, der architektonische Wettbewerb für die Umgestaltung des Osthangs ist vorzubereiten und auch die Beantragung des gesamten Ensembles zum Unesco-Weltkulturerbe.

Ich erfahre von den Freuden, aber auch Nöten der einzelnen Kultureinrichtungen und der -szene. Denn in Zeiten der Haushalts-Konsolidierung gibt es Sparzwänge für den Kultur-etat. Die Zukunft wird nicht einfach, doch die Vielfalt der kulturellen Szene in Darmstadt zeugt von großer Lebendigkeit und Kreativität. Als bereichernd empfinde ich die Treffen und Gespräche mit Kultur-Aktiven aus der Szene; die internen Einblicke daraus hätte ich ohne meine politische Tätigkeit nicht gewonnen. Die Georg-Büchner-Gedenkjahre 2012/2013 mit vielen spannenden Aktivitäten sind in vollem Gange. Sie zeigen, wie aktuell die literarisch-politische Arbeit des Revolutionärs Büchner zu Freiheit und den Menschenrechten immer noch ist.



Anne Lenz ist seit einem Jahr Mitglied der GRÜNEN Fraktion. Die 56-jährige Musikjournalistin ist verheiratet und hat einen 25-jährigen Sohn. Sie ist Mitbegründerin des „GRÜNEN Bündnis“ für Kultur“ und engagiert im „Verein zur Förderung des zeitgenössischen Jazz“ mit Sitz im Jazzinstitut (Bessungen).



WENIGER VERKEHRSELASTUNG DURCH CARSHARING

„Carsharing“ boomt: Immer mehr Menschen entdecken das organisierte „Auto teilen“ mit Anderen als Alternative zum eigenen Auto. Das ist gut für unsere Stadt: Laut Studien, ersetzt jedes Carsharing-Auto mindestens acht private Kfz. Denn Menschen, die Carsharing nutzen, sind viel häufiger auch mit Bus, Bahn, Fahrrad oder zu Fuß unterwegs. Doch hat sich die mangelnde Verfügbarkeit von Parkplätzen als Hemmschuh hinsichtlich des Einsatzes weiterer Carsharing-Fahrzeuge herausgestellt. Die GRÜN-Schwarze Koalition will daher für Carsharing Stellplätze im Straßenraum zur Verfügung stellen. Zeitnah sollen damit alle Darmstädter EinwohnerInnen ein Carsharing-Auto in fußläufiger Distanz angeboten bekommen. //

Felix Weidner

ENERGIE SPAR TIPPS

STROMFRESSER KLIMAAANLAGE

Raumklimaanlagen versprechen Abhilfe gegen drohende Sommerhitze. Doch durch den Betrieb einer Klimaanlage kann sich die Stromrechnung eines Haushaltes leicht verdoppeln. Denn Klimaanlagen funktionieren im Prinzip wie ein Kühlschrank, aber statt 150 bis 200 Liter Inhalt müssen ganze Räume gekühlt werden. Auch müssen Wände und Fensterflächen gut isoliert sein, denn das verhindert, dass sich die Räume im Sommer aufheizen. Hinzu kommt, dass einfache Raumklimageräte die Warmluft mit einem Abluftschlauch durch ein gekipptes Fenster nach außen blasen. Das ist ebenso unsinnig, wie das Heizen bei gekipptem Fenster im Winter und treibt den Energieverbrauch in die Höhe. Wie wäre es stattdessen mit folgendem Trick:

- Morgens, wenn es draußen relativ kühl ist, die Wohnung intensiv lüften.
- Anschließend die Fenster, insbesondere die von der Sonne beschienen werden, zum Beispiel mit lichtdichten Vorhängen oder einem Rollladen gut abschatten, so dass möglichst wenig Wärme in die Wohnung gelangt. Dadurch lässt sich der Stromverbrauch von Klimaanlagen deutlich reduzieren. Oft kann sogar ganz auf solche Geräte verzichtet werden.

„RASEN BETRETEN VERBOTEN“ SO HIESS ES FRÜHER ...

In der warmen Jahreszeit sind städtische Parkanlagen stark frequentiert. Sie sind Erholungsraum für Studierende, Familien und Kinder, für Sporttreibende wie Jogger, Tai-Chi-Gruppen oder Slack-Liner, Hundeliebhaber, Sonnenhungrige und mehr. Diejenigen, die die Grünflächen für Grillabende und Picknicks nutzen, sollten aber selbstverständlich auch ihren Müll wieder mitnehmen. Ein Pizzakarton, einige Coffee-to-go Becher oder Getränkeflaschen genügen bereits, um einen Abfall-Behälter überquellen zu lassen. Und wer will schon fahrbare Riesemüllbehälter auf der grünen Wiese? Deshalb sollte die Verantwortung für einen schonenden Umgang mit unserem Grün bei uns allen liegen! //

Dr. Helena Schwaßmann



Vollgemüllt: Abfallbehälter im Herrgarten

eGOVERNMENT: SICHTBARE STADTPOLITIK

Wie können Bürgerinnen und Bürger politische Entscheidungen nachvollziehen? Hierzu leistet Electronic Government (kurz eGovernment) einen wichtigen Beitrag: Die GRÜNE Fraktion hat daher zwei parlamentarische Anträge eingebracht, die mit Hilfe der Neuen Medien die Möglichkeiten zur Information über das politische Geschehen erheblich erweitern können. Zum anderen soll damit der Bürgerservice der Verwaltung verbessert werden.

Die aktuellen Themen in der Stadtpolitik, abgebildet in den Anträgen und Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und weiterer Gremien (online recherchierbar im Parlamentsinformationssystem der Stadt unter www.darmstadt.de, Stichwort „Parla-

mentsservice“), werden modernisiert und noch leichter zugänglich für Interessierte gemacht.

VERWALTUNGSABLÄUFE VERBESSERN

Ein weiterer Antrag beinhaltet eine umfassende Strategie zur Verbesserung von eGovernment und digitalisierten Verwaltungsprozessen. Leichtere Handhabung von Formularen, Übertragungen von Sitzungen sowie Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen sind Bausteine, die hierdurch möglich werden. Übrigens: In 2010 wurden 3 Millionen Kopien (!) für die Parlamentsarbeit erstellt: eGovernment kann also eine Menge Papier und Geld einsparen. //

Stefan Opitz

Die ausführlichen Anträge finden Sie unter: www.gruene-darmstadt.de/fraktion unter dem Suchwort „eGovernment“

KURZ NOTIERT

Kühe bekommen „Laufstall“



Auf Tuchfühlung mit Oberbürgermeister Jochen Partsch: Nordisches Stierkalb

Mit zwei Milchkühen der Rasse Schwarzbuntes Niederungsrand und drei Kälbern fing alles an: Nicht lila sondern sozusagen grün waren sie – die ersten Kühe dieser robusten Tierrasse auf dem Hofgut Oberfeld. Denn eine Spende von GRÜNEN Stadtverordneten in Form von zwei Kühen bildete den Auftakt zu einer Herde, die mittlerweile auf ca. 50 Tiere angewachsen ist. Jetzt bekommen die Kühe auf dem Oberfeld einen großzügigen „Laufstall“ jenseits der Erbacher Straße. Nebenan wird auch eine „Heuberg Halle“ errichtet, wo das Winterfutter eingelagert wird. Grund genug, mal wieder auf dem Oberfeld vorbeizuschauen. Auch um im neuen Verkaufsladen den leckeren Käse und Quark aus der Milchverarbeitung zu probieren. //

Doris Fröhlich

Quelle: BUND/Ökotipps

IMPRESSUM

BÜRO DER GRÜNEN FRAKTION
Lauteschlägerstraße 38
64289 Darmstadt
Tel. +49 61 51/6 14 90
Fax +49 61 51/6 14 01
fraktion@gruene-darmstadt.de
www.gruene-darmstadt.de

Vertretungsberechtigte: Hildegard Förster-Heldmann (V.i.S.d.P.) / Redaktion: Waltraud Heims
Gestaltung: Bohm und Nonnen GmbH / Druck: Drach Print Media GmbH

Gedruckt auf PlanoPlus-Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft